

„Brinker ist nicht mehr tragbar als EWE-Chef“

BUßGELD-AFFÄRE Druck auf Vorstandsvorsitzenden nimmt zu – CDU-Politiker fordert Rücktritt

Erst durch die Presse erfuhr viele Aufsichtsratsmitglieder, dass die EWE vor vier Jahren 400 000 Euro Bußgeld zahlen musste. Das sorgt jetzt für Ärger.

VON KARSTEN KROGMANN
UND RAINER DEHMER

OLDENBURG – EWE-Chef Werner Brinker gerät wegen der Brandenburger Bußgeld-Affäre heftig unter Beschuss: „Der Mann ist nicht mehr tragbar“, wettet etwa Dieter Baumann, Mitglied der EWE-Verbandsversammlung und Fraktionschef der CDU im Leeraner Kreistag. „Wenn Brinker dem Unternehmen noch einen Gefallen tun will, dann muss er zurücktreten!“

Hart ins Gericht geht Baumann auch mit Günther Boekhoff, dem Vorsitzenden des EWE-Aufsichtsrates: Dass die 400 000-Euro-Geldbuße nur im Aufsichtsrats-Präsidium diskutiert worden ist, nicht

JURISTISCHE FEINHEITEN – DAS „GESAMTPAKET“ IN FALL EWE

Die Firmen-Geldbuße ist die härteste Sanktion, die ein Gericht gegen ein Unternehmen verhängen kann. Strafrechtlich zu belangen sind nämlich nur sogenannte „natürliche Personen“, sprich Menschen, nicht aber „juristische Personen“ wie der Energiekonzern EWE.

Im Fall der Vorwürfe gegen

die EWE wegen Vorteilsge-
währung hatte die Staats-
anwaltschaft Neuruppin
zwar auch gegen die han-
delnden Personen ermit-
telt, also gegen Vorstands-
chef Werner Brinker und
einen zweiten Vorstand, er-
klärt Frank Winter, Spre-
cher der Staatsanwalt-
schaft. Da man hier den
Schwerpunkt aber im Fir-
men-Handeln sah, bean-

tragte man die Geldbuße.

Dazu schnürte man ein
„Gesamtpaket“, so Win-
ter: Die EWE akzeptierte
die Geldbuße, die Staats-
anwaltschaft stellte die
Ermittlungen ein – im Fall
von EWE-Chef Brinker oh-
ne Auflagen, im Fall des
zweiten Vorstandsmit-
glieds gegen eine Geldbu-
ße in fünfstelliger Höhe.

aber mit dem Aufsichtsrat, sei
„ein Stück aus dem Tollhaus.
So kann man nicht mit einem
Aufsichtsrat umgehen, der soll
doch Aufsicht führen!“ Auch
Boekhoff müsse gehen.

Den Rücktritt Brinkers for-
dert auch die Partei Die Linke
in Oldenburg: „Wir haben
kein Verständnis für den da-
maligen Deal zwischen der
EWE und der Staatsanwalt-
schaft Neuruppin“, schreibt
Kreisvorstandssprecher Jonas

Christopher Höpken. Die Ol-
denburger Grünen wollen das
Thema „Bestechungsgelder
und Strafgerichte bei der EWE
AG“ auf die Tagesordnung des
Haushaltsausschusses setzen.
Der SPD-Landesvorsitzende
Olaf Lies fordert „eine schnel-
le und rückhaltlos Aufklärung
sowohl der Vorwürfe in Sa-
chen Sign als auch der Vor-
gänge in Brandenburg.“ Wenn
danach noch Zweifel blieben,
müsse gehandelt werden.

Mehrere Aufsichtsratsmit-
glieder, die zum Teil erst aus
der Presse von den Vorkomm-
nissen in Brandenburg erfah-
ren haben, kündigten unter-
dessen an, die Informations-
politik des Vorstandes in der
nächsten Aufsichtsratssitzung
diskutieren zu wollen. „Da
gibt es intensiven Gesprächs-
bedarf“, sagte etwa Aloys Kie-
pe (Emden). Er sei der Mei-
nung, dass über solche Ge-
schehnisse der komplette Auf-

sichtsrat informiert werden
müsse.

Derweil ist die EWE auch
bei der Oldenburger Staatsan-
waltschaft ein Thema. Die
Medienberichte über die Zu-
sammenarbeit des Konzerns
mit der umstrittenen Präven-
tionsagentur „Prevent“ nahm
die Behörde zum Anlass, um
zu prüfen, ob es Ansätze für
Ermittlungen gibt. Jährlich er-
hielt Prevent von der EWE bis
zu 3,3 Millionen Euro für das
„Sign“-Programm; nur ein Teil
des Geldes soll für schulische
Gewalt- und Suchtprävention
verwendet worden sein. Der
Oldenburger Linken-Frak-
tionschef Hans-Henning Ad-
ler äußerte den Verdacht,
EWE-Chef Brinker könne sich
der Untreue strafbar gemacht
haben. „Derzeit haben wir
keine Veranlassung, von Amts
wegen ein Ermittlungsverfah-
ren einzuleiten, weil wir keine
zureichenden Anhaltspunkte
für Straftaten sehen“, sagte
Frauke Wilken, Sprecherin der
Staatsanwaltschaft. „Wir be-
halten die Vorgänge natürlich
weiter im Auge.“